



## Beantwortung

### des Postulats 20140157, Joël Haueter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Sicherheit - Überprüfung der Aufgabenkompetenz"

---

Das Postulat beklagt eine Verschlechterung des Sicherheitsempfindens vieler Bielerinnen und Bieler gestützt auf die Abschaffung der Stadtpolizei und ersucht den Gemeinderat um die Prüfung nachstehender Punkte:

#### Punkt 1

**Wie die Lücke geschlossen werden kann, welche durch die Aufhebung der Quartierpolizei sowie durch die seit Schaffung der Einheitspolizei eingetretene allgemeine Veränderung der Sicherheitssituation hinsichtlich des Sicherheitsempfindens der Bielerinnen und Bieler entstanden ist.**

Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist in der Vergangenheit mittels einer Opferbefragung durch die Universität Zürich (Professor Kilius) erstmals im Jahr 2011 wissenschaftlich gemessen worden und es existiert bisher keine Wiederholung der Opferbefragung, die einen Vergleich, bzw. eine Aussage zu seitherigen Entwicklung, ermöglichen würde. Der Gemeinderat hat den Eindruck, dass sich die Umsetzung des Sicherheitskonzepts der Stadt Biel - mit welcher im Jahr 2008 begonnen worden war, und die in der Zwischenzeit als abgeschlossen bezeichnet werden kann - positiv auf die objektive Sicherheitslage der Stadt wie auch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ausgewirkt hat. Das heisst jedoch nicht, dass die Sicherheitslage in der Stadt nicht noch weiter verbessert werden kann, und Massnahmen getroffen werden können und müssen, welche sich positiv auf die reale Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung auswirken.

Im Postulatstext zutreffend dargestellt erscheint dem Gemeinderat die Situation im Zusammenhang mit den Systemmängeln bezüglich Bürgernähe und Bekämpfung der sogenannt geringfügigen Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Realisierung der Einheitspolizei hat in beiden Punkten eine Verschlechterung der Situation mit sich gebracht.

Die Angehörigen der Kantonspolizei haben keine besondere Beziehung zur Stadt Biel, kommen in der gesamten Region und regelmässig im gesamten Kanton zum Einsatz und werden nicht speziell für den Einsatz in der Stadt Biel ausgebildet wie früher die Angehörigen der Stadtpolizei. Auch konnte das zuletzt bei der Stadtpolizei angewandte Konzept der sogenannten "Kontaktbeamten", welche persönlich einem Quartier zugeteilt waren, die dort herrschenden Probleme kannten und den direkten und persönlichen Kontakt zur Bevölkerung pflegten, nicht in die Einheitspolizei überführt werden.

Weil die Kompetenzen der Angehörigen der Kantonspolizei nicht auf die Verfolgung und Ahndung von geringfügigen Ordnungswidrigkeiten beschränkt sind wie vormals diejenigen der Angehörigen der Stadtpolizei, müssen sie sich in Anwendung des Opportunitätsprinzips zuerst um die schwerwiegenderen Fälle kümmern, was angesichts der nicht ausreichenden Personalressourcen dazu führt, dass nur in geringem Mass Ressourcen zur Verfolgung von geringfügigen Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Verfügung stehen.

Der Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren – vor allem im Rahmen der Umsetzung des weiter oben bereits erwähnten Sicherheitskonzepts – verschiedentlich Massnahmen gegen die vom Postulanten kritisierten Nachteile des Systems Einheitspolizei beschlossen

(bspw. die Einführung der gerinfügigen Interventionseinheit SIP oder die personelle Verstärkung der Gewerbepolizei) und durch die Verwaltung umsetzen lassen, welche dieser Entwicklung entgegengewirkt haben, und die die entstandenen Lücken im System möglichst zu schliessen versuchen.

Der Gemeinderat beabsichtigt kurz- und mittelfristig auf zwei Wegen konkret weitere Verbesserungen der diesbezüglichen Situation in Biel zu erreichen:

Einerseits geht es – wie vom Postulanten richtigerweise festgehalten – darum, die anstehenden Verhandlungen für den Abschluss eines neuen Ressourcenvertrags so zu gestalten, dass mit Abschluss des neuen Vertrags die heute bestehenden Unzulänglichkeiten möglichst beseitigt werden können. Andererseits wird die Stadt Biel im Rahmen der Arbeiten zur Totalrevision des kantonalen Polizeigesetzes darauf hinwirken, dass die heute für die grösseren Städte bestehenden Mängel im System möglichst aus der Welt geschafft werden.

## **Punkt 2**

### **Wie die präventive Präsenz der Polizeiorgane in Biel besser gesteuert werden kann.**

Die Stadt kann im Rahmen der jeweiligen Planung für das nächste Kalenderjahr die Anzahl Stunden festlegen, während der die Kantonspolizei in Biel präventiv präsent sein soll. Sie kann zudem im Rahmen der Jahresplanung Einsatzschwerpunkte definieren, welche von der Kantonspolizei im Rahmen ihrer Tätigkeiten berücksichtigt werden müssen.

Darüber hinaus kann die Stadt jeweils gleichzeitig drei sogenannte Brennpunkte definieren, bei welchen die Kantonspolizei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ein besonderes Augenmerk schenken muss. Dabei äussert sich die Stadt zu den konkreten Problemen und der zu erzielenden Wirkung am besagten Ort. Die Kantonspolizei ist verantwortlich für die operative Umsetzung. Eine durchgehende Präsenz ist nicht möglich. Die Kantonspolizei berichtet der Stadt bei definierten Brennpunkten grob über die von ihr getroffenen Massnahmen, detailliert über verhängte Strafen und generell über die festgestellte Wirkung. Sie berichtet nicht darüber, wie viele Polizeiangehörige wann und wie lange eingesetzt worden sind.

Weitere Steuerungsmöglichkeiten hat die Stadt bei den Verkehrs- und speziell den Geschwindigkeitskontrollen der Kantonspolizei sowie bei der Bewältigung von Einzelereignissen (Demonstrationen, grosse Veranstaltungen, Sportanlässe, etc.). Dort kann die Stadt die angestrebten Ziele des Einsatzes der Kantonspolizei festlegen, nicht jedoch den Umfang der eingesetzten Kräfte.

Über weiter gehende Steuerungsmöglichkeiten bezüglich der Präsenz der Kantonspolizei verfügt die Stadt nicht.

Wo die Stadt über die vollumfängliche Möglichkeit der Steuerung der Präsenz zeigenden Sicherheitsorgane verfügt, ist bei ihrem eigenen Personal (SIP, Angehörige des Polizeispektorats etc.).

## **Punkt 3**

### **Ob B-Aufgaben, welche im Moment die Kantonspolizei übernimmt, in Zukunft von der Stadt übernommen werden können.**

Bei den sogenannten "B-Aufgaben" handelt es sich um solche, die nach geltender Polizeigesetzgebung wahlweise durch die Kantonspolizei oder durch städtisches Personal wahrgenommen werden können.

Zu Wahrnehmung der folgenden B-Aufgaben kauft die Stadt Biel bei der Kantonspolizei – zusätzlich zur Tätigkeit der eigenen, städtischen Polizeiorgane – Leistungen ein:

- Ordnungsbussenverfahren gemäss kantonaler Ordnungsbussenverordnung
- Ahndung von Verstössen gegen das kantonale Nebenstrafrecht
- Patrouillentätigkeit (per Auto / zu Fuss) (Präsenz, Beobachten, Melden, keine Zwangsmassnahmen)
- Nachtruhestörungen
- Vandalismusprävention
- Wilde Plakatierung
- Manuelle Verkehrsregelung (Veranstaltungen, etc.)
- Schulwegsicherung
- Plakataktionen (Verkehrsprävention)
- Flurpolizeiaufgaben (Grundsätze des Umwelt- und Naturschutzes, Luftreinhaltung und Gewässerschutz, inkl. Jagd-/Fischereiwesen und Tierschutz)

In welchem Verhältnis die Erfüllung der oben aufgelisteten Aufgaben künftig auf die kantonalen und städtischen Polizeiorgane aufgeteilt werden soll, wird sich gestützt auf die mit dem Kanton zu führenden Verhandlungen für den bereits erwähnten, neu abzuschliessenden Ressourcenvertrag, ergeben.

#### **Punkt 4**

**Welcher Mehrwert für die Stadt Biel durch solche Massnahmen generiert werden könnte.**

Eine mögliche künftige Übertragung von Aufgaben auf städtische Polizeiorgane anstelle der Kantonspolizei könnte folgende Mehrwerte bringen:

- Direkte und zeitverzugslose Steuerungsmöglichkeit des eingesetzten Personals
- Mehr Präsenz von Sicherheitskräften, die zu Fuss unterwegs sind
- Verbesserte Bürgernähe
- Vermehrte Beseitigung von geringfügigen Beeinträchtigungen der Sicherheit (Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, Littering, Lärm, verunsicherndes Verhalten, Sachbeschädigungen, frei laufende Hunde, Prostitution, illegales Gewerbe, Verstösse gegen das Meldewesen, etc.)
- Wiedereinführung des Systems der Kontaktbeamten bei der Stadt
- Kosteneinsparungen, weil sich die Beschäftigung von städtischem Personal als kostengünstiger erweist.

Gestützt auf die obgenannten Ausführungen beantwagt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20140157 erheblich zu erklären.

Biel, 19. November 2014

#### **Namens des Gemeinderates**

Der Stadtpräsident:

Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Vorstöss Nr./Interv. no:

140157

Termin GR/Délai CM:

19.11.14

Direktion/Direction:

DSS

Postulat: Sicherheit - Überprüfung der Aufgabenkompetenz Mitbericht/Corapport:

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

1. Wie die Lücke geschlossen werden kann, welche durch die Aufhebung der Quartierpolizei sowie durch die seit Schaffung der Einheitspolizei eingetretene allgemeine Veränderung der Sicherheitssituation hinsichtlich des Sicherheitsempfindens der Bielerinnen und Bieler entstanden ist.
2. Wie die präventive Präsenz der Polizeiorgane in Biel besser gesteuert werden kann.
3. Ob B Aufgaben, welche im Moment die Kantonspolizei übernimmt, in Zukunft von der Stadt übernommen werden können.
4. Welcher Mehrwert für die Stadt Biel durch solche Massnahmen generiert werden könnte.

### Begründung

Seit der Abschaffung der Stadtpolizei hat sich das Sicherheitsempfinden vieler Bielerinnen und Bieler verschlechtert. Hauptgrund dafür ist die Inflexibilität bei der Steuerungsmöglichkeiten polizeilicher präventiver Präsenz durch die Stadt, welche dazu führt, dass sich insbesondere ältere Leute zunehmend unsicher fühlen und an den Wochenenden an gewissen Orten und Zeiten sogar Jugendliche. Weiter fehlt seither auch die Bürgernähe bei niederschweligen Tatbeständen. Die Kantonspolizei hat für viele Anliegen der Bürgerinnen und Bürger schlicht keine Zeit. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Kanton zum Ressourcenvertrag Sicherheit, welcher ende 2015 ausläuft, könnte eine Kompetenz- und Ressourcenverschiebung von der Kantonspolizei zur Stadt Biel diesen Missständen entgegen wirken.

Biel, 5. <sup>Jan</sup> 2014

Joel Haueter

Fraktion SVP Eidgenossen